

**Public History: Akteure und Aktionen.
Geschichte in Museen und Ausstellungen**

**Vortrag bei der Ringvorlesung
„Public History / Geschichtskultur“
der Universität Flensburg**

**25. Oktober 2018, 18.00-20.00 Uhr
Prof. Dr. Hans Walter Hütter**

Lieber Herr Danker,
liebe Studentinnen und Studenten,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Geschichte gehört zu unserem Alltag. Auch und ganz besonders hier in Flensburg mit seiner Altstadt und seinem historischen Hafen begegnet sie uns in Straßennamen, Gebäuden und Denkmälern früherer Jahrhunderte.¹ Im Fernsehen laufen Spielfilme und Dokumentationen zu den verschiedensten historischen Themen von der Antike bis in die jüngste Vergangenheit, Geschichtsmagazine und populärwissenschaftliche Sachbücher erscheinen zuhauf, und schon seit vielen Jahren sind Romane mit historischem Inhalt aus den Bestsellerlisten nicht mehr wegzudenken. Meine Damen und Herren, sicher haben Sie es auch schon bemerkt: **Geschichte ist einfach überall!**

Seit nunmehr dreißig Jahren erleben wir einen ungebrochenen Geschichtsboom. Seit den 1980er Jahren ist die Beschäftigung mit Geschichte in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Inzwischen ist sogar manchmal die Rede von einer regelrechten „Geschichtsversessenheit“ der Deutschen.

Geschichte wird auch und in hohem Maße öffentlich in **Ausstellungen und Museen** vermittelt. Hierzu gehören die Einrichtungen zur Geschichtsvermittlung sowohl in privater wie auch vor allem öffentlicher Trägerschaft auf allen drei staatlichen Ebenen – Kommune, Land und Bund.

¹ z.B. auch Deutsches Haus im Zentrum, das die deutsche Reichsregierung der Stadt als Dank für die „deutsche Treue“ bei der deutsch-dänischen Volksabstimmung 1920 schenkte.

Mit über **6.700 Museen**² ist Deutschland das europa-, wahrscheinlich sogar weltweit am dichtesten museal besiedelte Land. Dies ist auch Ausdruck der föderalen Struktur der Bundesrepublik und der damit einhergehenden Kulturhoheit der Länder; zugleich aber auch eine „Spätfolge“ der Kleinstaaten im „Alten Reich“, dessen Landesfürsten in ihren Einzelterritorien Sammlungen zur höfischen Repräsentation anlegten.³

Und, meine Damen und Herren, wir haben nicht nur eine große Zahl von Museen in Deutschland, sondern verzeichnen zugleich – zu unserer großen Freude – ebenfalls steigende **Besuchszahlen**: Im Jahr 2016 zählten deutsche Museen insgesamt rund 113 Millionen Besuche. Blicken wir nur auf die historischen-, archäologischen- und kulturgeschichtlichen Museen, die den größten Anteil der Museen ausmachen, zählen wir 33 Millionen Besuche.

Im Vergleich dazu, meine Damen und Herren, kamen in der Saison 2016/2017 deutlich weniger Fans – nämlich knapp 13 Millionen – in die Stadien der Clubs in der ersten Fußballbundesliga. Wir sehen: Historische Museen stehen der weltweit zuschauerstärksten Fußballliga in nichts nach!

Meine Damen und Herren,

Sie haben bereits bemerkt: Ich spreche von historischen Ausstellungen und Museen. Aus zeitlichen Gründen, auch der Übersichtlichkeit wegen, beziehe ich mich im Folgenden allein auf Ausstellungen und Museen mit historischem Inhalt sowie auf historische authentische Orte. Reine Kunstmuseen und kulturhistorische Häuser müssen heute unberücksichtigt bleiben.

² Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland, Institut für Museumsforschung, Heft 71, Berlin 2017, S. 7.

³ Zu den ersten öffentlichen Museen zählte das Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig, 1754.

Die Debatten um die öffentliche Auseinandersetzung mit der – vor allem jüngeren – Geschichte und die Entstehung der heute ebenso vielfältigen wie erfolgreichen Museumslandschaft in der Bundesrepublik betrachte ich im Folgenden chronologisch seit 1945.

1.

In der **unmittelbaren Nachkriegszeit** verwalteten die vier Besatzungsmächte das ehemalige Deutsche Reich – zumindest der westliche Teil sollte demokratisch werden, die Bevölkerung galt es darauf vorzubereiten. Die Wiederbelebung von kulturellen Einrichtungen wie Kinos und Theatern diente vor allem pädagogischen Zielen.

Viele Museumsgebäude waren im Zweiten Weltkrieg zerstört worden, und auch die Sammlungen der Museen hatten schmerzliche Verluste erlitten. Daher konzentrierten sich viele Einrichtungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit – neben dem Wiederaufbau der Gebäude – auf die Neuordnung und Sichtung ihrer Sammlungsbestände.⁴

Historische Ausstellungen im engeren Wortsinn gab es in dieser Phase nicht.

⁴ Im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg übernahm 1945 Ernst Günter Troche das Amt des Direktors, bereits 1947 konnten einige renovierte Räume wiedereröffnet werden. Das 1946 gegründete Römisch-Germanische-Museum in Köln leitete Fritz Fremersdorf, der zuvor schon über 20 Jahre die Römische und Germanische Abteilung des Wallraf-Richartz-Museums geführt hatte, aus der das neue Museum hervorging. Bis zur Eröffnung des Neubaus 1974 präsentierte das Museum seine Sammlung in provisorischen Ausstellungsräumen.

2.

Nach der **Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949** waren es im Westdeutschland der **1950er Jahre**, und damit komme ich zur nächste Phase, zunächst vor allem einzelne Politiker, die Erinnerung und Gedenken als bedeutsame nationale Aufgabe begriffen und öffentlich thematisierten. So äußerte am 12. September 1949 der soeben gewählte Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) in seiner Dankesrede im Plenarsaal des Bundeshauses:

*„Es ist eine Gnade des Schicksals beim Einzelmenschen, daß er vergessen kann. [...] Aber meine Sorge ist, daß manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen.“*⁵

Damit gab er den Vertretern der Bundesversammlung nachdenkliche und zugleich mahnende Worte mit auf den Weg. Auch war Heuss der erste hochrangige Politiker, der bereits 1952 am Mahnmal im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen gedachte.

Auch Überlebende begannen sehr bald nach ihrer Befreiung in den ehemaligen Lagern das Totengedenken für die Ermordeten zu organisieren und Denk- und Mahnmale zu errichten. Die **Gedenkstätte in Bergen-Belsen** war eine der ersten, die auf Initiative der britischen Besatzungsmacht für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und sich bereits seit 1952 in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen befindet. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers **Dachau** bei München initiierten Überlebende Mitte der 1950er Jahre die Entstehung einer Erinnerungsstätte, die schließlich 1965 eingeweiht wurde.

Ein kleiner Teil des ehemaligen **Konzentrationslagers Flossenbürg in Bayern** wurde bereits 1946 als Gedenkstätte genutzt, nachdem der Großteil des Lagers zerstört worden war. Damit ist Flossenbürg eine der ältesten KZ-Gedenkstätten Europas.⁶

⁵ Theodor Heuss, Mut zum Erinnern. Vier Reden aus dem Jahr 1949, 1979, S. 33.

⁶ Vgl. <https://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/geschichte/nach-1945/>.

Die **Musealisierung der ehemaligen Lager** begann in der Bundesrepublik erst in den 1960er Jahren in Folge der öffentlichen Aufmerksamkeit, die der „Eichmann-Prozess“ in Jerusalem 1961 und der erste „Auschwitz-Prozess“ in Frankfurt am Main 1963 erregten. So wurde 1965 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau eine Gedenkstätte mit Museum, Archiv und Bibliothek eingerichtet, in Bergen-Belsen erfolgte 1966 die Eröffnung eines Dokumentenhauses mit einer Ausstellung zur Geschichte des Lagers.

In der **DDR** hingegen wurden bereits in den 1950er Jahren ehemalige Lager zu Gedenkstätten ausgebaut, aber auch als Zeichen des Kampfes und Widerstands des Sozialismus politisch genutzt. Das **ehemalige Konzentrationslager Buchenwald** diente dem SED-Regime seit 1958 als „Nationale Mahn- und Gedenkstätte der DDR“. Erinnert wurde aber ausschließlich an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Unrecht des sowjetischen Speziallagers, das dort bis 1950 untergebracht war, wurde verschwiegen. Erst mit dem Ende der DDR begann die Aufarbeitung der „doppelten Geschichte“ Buchenwalds.

Anders als in der Bundesrepublik gehörte in der DDR der Besuch der Gedenkstätten verpflichtend zum Schulunterricht, die Demonstration einer „antifaschistischen Grundhaltung“ war für die Bevölkerung Pflicht.

In der **Bundesrepublik der 1950er Jahre** forderten Politiker eine kritische Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als wesentliche Vorbedingung für eine erfolgreiche Gestaltung demokratischer Zukunft. So ist die ab 1956 erschienene acht-bändige Reihe **„Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“** ein frühes Zeugnis der Bemühungen um Aufarbeitung.⁷

⁷ Die Bände wurden vom Bundesministerium für Vertriebene initiiert und von dem renommierten Historiker Theodor Schieder bearbeitet.

Auch das **Gedenken an den 20. Juli 1944** verdeutlicht eine kritische Diskussion hierzulande: Bei der Gedenkfeier zum 10. Jahrestag 1954 war es wiederum Bundespräsident Theodor Heuss, der den nationalen Symbolcharakter dieses Tages hervorhob. Mit dieser Position wandte er sich gegen die Vorwürfe von „Verrat“ und „Eidbruch“, die in der westdeutschen Öffentlichkeit seinerzeit vielfach immer noch präsent waren. Umfragen zeigten, dass bis in die 1950er Jahre hinein rund 30 Prozent der westdeutschen Gesellschaft die Widerstandskämpfer als Verräter ansahen.⁸

Auch wenn von der politischen Ebene zwar eine **Vorbildwirkung** ausging, schreckten bis in die 1960er Jahre hinein die meisten Bundesbürger vor der – oftmals schmerzhaften – Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zurück.

⁸ Umfragen zeigten, dass bis in die 1950er Jahre hinein rund 30 Prozent der westdeutschen Gesellschaft die Widerstandskämpfer als Verräter ansahen . Vgl. Johannes Tuchel, Zwischen Diffamierung und Anerkennung: Zum Umgang mit dem 20. Juli 1944 in der frühen Bundesrepublik, in: APuZ 27/2014, <http://www.bpb.de/apuz/186870/der-20-juli-1944-in-der-fruehen-bundesrepublik>.

3.

In den **1960er Jahren lässt sich ein** allmählicher Wandel in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erkennen.

Von dem gesellschaftspolitischen Wandlungsprozess der 1960er Jahre blieb auch die **westdeutsche Museumslandschaft** nicht unberührt: Neue Vermittlungsmethoden wurden gesucht, um das bei vielen als verstaubt und als Hort der Gelehrsamkeit geltende Museum wieder mit mehr Leben zu füllen. Neben **Forschung** und **Sammlung** als klassische Aufgabenbereiche eines Museums stärkten Politik und Wissenschaft den **Bildungsauftrag** in der musealen Vermittlung. 1965 formulierte der Wissenschaftsrat, der die Bundes- und Länderregierungen bei Fragen der Entwicklung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen berät, der Bildungsauftrag stehe **gleichrangig** neben der Forschungsaufgabe der Museen.⁹

Noch deutlicher wurden 1969 der Städtetag und die Kultusministerkonferenz: Sie verabschiedeten gemeinsam eine "**Empfehlung zum Bildungsauftrag der Museen**", in der sie die bildungs- und gesellschaftspolitische Bedeutung der musealen Einrichtungen deutlich machten.¹⁰

Museumsfachleute versuchten dementsprechend ihre Institutionen zu einem „Lernort“ zu wandeln: Vorreiter dieser Neuorientierung, die durchaus kontrovers diskutiert wurde, waren das **Historische Museum Frankfurt** und das **Römisch-Germanische Museum in Köln**, die in dieser Zeit neu konzipiert wurden. Beide Häuser legten Wert darauf, ihre Exponate nicht vereinzelt und auf ihren ästhetischen Charakter reduziert zu präsentieren, sondern sie in einen inhaltlichen Vermittlungszusammenhang zu stellen.

⁹ Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen, Tübingen 1965, S. 23.

¹⁰ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Empfehlung zum Bildungsauftrag für Museen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Juli 1969, in: Bundesanzeiger Nr. 140, 1969, S. 4.

4.

Meine Damen und Herren,

trotz allem: Noch zu Beginn der **1970er Jahre** attestierte Bundespräsident Gustav Heinemann den Deutschen ein „mangelhaftes Geschichtsbewusstsein“.¹¹

Aus dem Geist der Demokratie heraus forderte er eine bewusste Pflege der freiheitlich-demokratischen Erinnerung und Tradition. Diesem Ziel verlieh er konkrete Gestalt, als er zusammen mit dem Hamburger Unternehmer Kurt Körber 1973 den „**Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte**“ ins Leben rief und 1974 die ebenfalls von ihm initiierte „**Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte**“ in Rastatt eröffnete – ein früher, wenn auch kleiner Vorläufer der musealen Einrichtungen für die historisch-politische Bildung zwei Jahrzehnte später. Ihre geografische Randlage verhindert bis heute größere Besucherströme – jährlich zählt die als Außenstelle des Bundesarchivs betriebene Einrichtung etwa 70.000 Besucher, allein die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte in Bonn sehen im Vergleich über eine halbe Million Besucher im Jahr, alle Ausstellungen der Stiftung HdG rund 1,3 Millionen im Jahr.¹²

Das Interesse der Deutschen an ihrer Geschichte nahm seit den späten 1970er Jahren spürbar zu. Breite öffentliche Wirkung erzielte beispielhaft die amerikanische Fernsehserie „**Holocaust**“, die 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde.

Landesausstellungen wie 1977 über die **Staufer** in Stuttgart oder 1980 über die **Wittelsbacher** in München waren zu Publikumsmagneten. Diese Ausstellungen beschäftigten sich noch mit zurückliegenden, politisch weniger verdächtigen Epochen. War dies ein Ablenkungsversuch? Sollten die Staufer und Wittelsbacher an weit zurückliegende Epochen erinnern, um sich mit der unliebsamen jüngeren Geschichte nicht beschäftigen zu müssen?

Einen Blick auf die jüngere Geschichte warf erst die große **Preußen-Ausstellung** im Martin-Gropius-Bau in Berlin 1981. Sie überwandt diese Kluft und führte die

¹¹ Gustav W. Heinemann, Geschichtsbewusstsein und Tradition in Deutschland. In: Gustav W. Heinemann, Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969-1974, Frankfurt am Main 1975, S. 30–35, hier S. 34.

¹² Durchschnitt DA Bonn aus den Jahren 1994-2016: 526.000

Betrachtung nah an die jüngste Geschichte heran – zumal die preußische Geschichte unmittelbare Vorgeschichte des Nationalsozialismus ist. Mit rund 450.000 Besuchern hatte sie ein unerwartet großen Erfolg.

In dieser Zeit entstanden auch **neue Präsentationsformen**, die sich an den antizipierten **Zielgruppen** orientierten. Auf allen staatlichen Ebenen wurden Museen modernisiert oder gegründet, die sich in dieser Phase zu zentralen Medien der Aneignung der Vergangenheit entwickelten.

Dieser **Gründungsboom** neuer Museen hatte zahlreiche Museumneubauten zur Folge. Namenhafte Architekten entdeckten diese Herausforderung für sich und entwarfen und planten die Gebäude. Das brachte den neuen Häusern bereits im Vorfeld öffentliche Aufmerksamkeit ein, so etwa bei dem von Hans Scharoun entworfenen **Deutschen Schifffahrtsmuseum** in Bremerhaven, das 1975 eröffnete.

Einige weitere Beispiele für kommunale Museen und Ausstellungen in aller Kürze: 1977 forderte **Hilmar Hoffmann**, langjähriger Kulturdezernent der Stadt Frankfurt am Main (von 1970-1990), vorhandene Museen am Mainufer zu erweitern und durch Neubauten zu ergänzen, um sie alle durch ein übergreifendes Programm am „**Museumsufer**“ zu verbinden. In Folge dessen wurden zwischen 1980 und 1990 insgesamt **15 Museen und Ausstellungshäuser** ausgebaut, neu errichtet oder Gebäude für Museumszwecke umgerüstet. Darunter das Museum für Angewandte Kunst 1985, das Deutsche Filmmuseum 1984 und das Jüdische Museum 1988. Unter dem Motto „**Kultur für alle**“ plädierte Hoffmann für einen freien, einfachen Zugang zu Kultureinrichtungen. Seine kommunale Kulturpolitik war wegweisend für viele andere Großstädte.

Ähnlich wie Hoffmann in Frankfurt prägte **Hermann Glaser** mehr als zwei Jahrzehnte als Kulturdezernent (von 1964-1990) in **Nürnberg** die Kulturpolitik der Stadt. Das von Glaser postulierte „**Bürgerrecht Kultur**“ spiegelt sich auch in seinen Museumsgründungen wider: Die Ende der 1970er beginnenden Planungen für ein „Museum Industriekultur“ wurden mit der Eröffnung des Hauses in der

Halle einer ehemaligen Schraubenfabrik 1988 verwirklicht. Das Museum zeigt, neben Technik- und Firmengeschichte insbesondere auch die Lebensverhältnisse und den Alltag der Menschen während der Industrialisierung Nürnbergs.

Ein anderes Beispiel aus einer kleineren Stadt: Ebenfalls auf kommunaler Ebene entstand seit 1976 das **Stadt- und Industriemuseum in der Festung Rüsselsheim**. Die ursprüngliche Ausstellungskonzeption verband erstmals Technik- und Sozialgeschichte. Für diesen innovativen Weg erhielt das Museum 1980 den Museumspreis des Europarates.

Erzählt wird nun zunehmend eine „**Geschichte von unten**“, die Alltagsgeschichte der Menschen, die zuvor in Museen und Ausstellungen weitgehend unberücksichtigt blieb.

Die **zahlreichen Industriemuseen im Rheinland, im Ruhrgebiet und Westfalen**, die nach dem Einsetzen des Strukturwandels in den Industrierevieren Nordrhein-Westfalens entstanden, nahmen die breite Bevölkerung in den Blick, sowohl als Ausstellungsthema als auch als Zielgruppe. Mit der Krise des Bergbaus ab 1965 und der Eisen- und Stahlindustrie Mitte der 1970er Jahre wurden ganze Industrieanlagen stillgelegt. Als direkte Folge schufen die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) 1973 beziehungsweise 1974 eigene Referate für **Technische Denkmalpflege** in ihren Landesdenkmalämtern, um die stillgelegten Produktionsstätten zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Westfälischen Denkmalamt wurde die Idee entwickelt, ausgewählte Industriebauten als „Museen der Arbeit“ zu nutzen. 1979 erfolgte die Gründung des Westfälischen Industriemuseums (seit 2007: LWL-Industriemuseum). Der LVR gründete 1984 das „Rheinische Industriemuseum“. Es dokumentiert die Industrie- und Sozialgeschichte des Rheinlandes an ausgewählten regionalen Beispielen wie der St. Anthony-Hütte in Oberhausen oder der Textilfabrik Cromford in Ratingen.

5.

Meine Damen und Herren,

damit sind wir in den **1980er Jahren** angekommen – dem Jahrzehnt der nationalen Museumsneugründungen.

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 formulierte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) programmatisch: *„[Z]ur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte.“* Dieses Plädoyer fand in der bundesdeutschen Öffentlichkeit – trotz vieler kritischer Stimmen – Widerhall und konkretisierte sich unter anderem in der **Gründung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und des Deutschen Historischen Museums in Berlin.**

In den 1980er Jahren wurde der Aufbau dieser Häuser von intensiven und kontroversen öffentlichen Diskussionen über Aufgaben, Ziele und Inhalte begleitet. Die Debatten sind nicht zu trennen von den erinnerungspolitischen Diskursen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu jener Zeit. Sie fanden ihren Höhepunkt 1986/87 im so genannten **„Historikerstreit“**.¹³ In Bezug auf die Museumsgründungen wurde vor allem die Sorge laut, Kohl wolle die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in den Vordergrund stellen und die Erinnerung an die Gräueltaten des Nationalsozialismus in den Hintergrund drängen.

Worte und Handeln von Helmut Kohl lassen diese Schlussfolgerungen allerdings nicht zu. Der Sachverständigenkommission und den späteren Direktoren der beiden neuen Geschichtsmuseen ließ er freie Hand, ihm war die **inhaltliche Unabhängigkeit** und **institutionelle Selbstständigkeit** stets wichtig.

Die Planungen für das **Deutsche Historische Museum** in Berlin wurden in Folge der Wiedervereinigung grundsätzlich überdacht und schließlich mit der Neugestaltung des früheren Museums für Deutsche Geschichte im Zeughaus in Ost-

¹³ Beim Historikerstreit stand Kontroverse über die Vergleichbarkeit totalitärer Systeme und die historische Einordnung des Nationalsozialismus im Zentrum.

Berlin verbunden.

Die Auseinandersetzungen um das **Haus der Geschichte** in Bonn mündeten schließlich im Gesetz des Deutschen Bundestags vom 28. Februar 1990 zur Errichtung einer selbstständigen Stiftung öffentlichen Rechts. In Bonn entstand bereits seit 1986 die in der Bundesrepublik erste nationale museale Sammlung für die deutsche Nachkriegsgeschichte. Die 1994 eröffnete und seitdem mehrfach grundlegend aktualisierte Dauerausstellung präsentiert deutsche Geschichte in Ost und West im internationalen Zusammenhang.

Übrigens: In der **DDR** gab es im Vergleich zur Bundesrepublik nur sehr wenige Museumsneubauten. Einer davon ist das 1988 eröffnete **Schiller-Museum**, das seit Beginn der 1980er Jahre geplant und angrenzend an das Wohnhaus des Dichters errichtet wurde.

Eine Besonderheit kulturpolitischen Engagements im Bereich der historisch orientierten Museen stellt das **Jüdische Museum Berlin** dar. Auf Basis einer privaten Initiative konnte 1992 die Realisierung des spektakulären Neubaus von Daniel Libeskind in Angriff genommen werden. 2001 wurde das Museum zur Bundesstiftung.

6.

Meine Damen und Herren,

werfen wir zum Abschluss dieses – unvollständigen – chronologischen Durchgangs noch einen Blick auf die Entwicklungen seit den **1990er Jahren bis in die Gegenwart**.

Wenn auch bereits seit den 1950er Jahren der Bund neben den Ländern und Kommunen eine wichtige Rolle in der Kulturpolitik des Gesamtstaates spielte, so wurden erst während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl Geschichte und deren Erinnerung zum staatlich gewollten und geförderten Programm.

Durch die **Aktivitäten und die Finanzierung des Bundes** entwickelte sich eine vielfältige Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland.

Die institutionelle Bundesförderung in den vergangenen Jahrzehnten verdeutlicht, dass dabei zwei Hauptaufgaben in Zentrum stehen: Neben der Bewahrung des **nationalen historischen Gedächtnisses** spielt die **außerschulische Geschichtsvermittlung** als Beitrag zur **historisch-politischen Bildung** eine besondere Rolle.

Als **Impulsgeber und Förderer** wirkte der Bund nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Bereits in den frühen 1990er Jahren begriffen Parlament und Bundesregierung die kritische **Aufarbeitung der DDR-Geschichte** als gesellschaftliche Aufgabe. Zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages beschäftigten sich zwischen 1992 und 1998 mit der SED-Diktatur. Auf ihre Empfehlung hin verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz über die Errichtung der bundesunmittelbaren **Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**, um so dauerhaft die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur anzuregen und zu unterstützen.

Am 24. März 1993 stimmte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages der „**Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten der Bundesrepublik Deutschland**“ zu. Bis dahin hatte es keine Bundesverantwortung

für Gedenkstätten gegeben – mit ganz wenigen Ausnahmen.¹⁴ Ein grundsätzlicher Wandel in der Auseinandersetzung mit den Orten nationalsozialistischer Verbrechen erfolgte also erst nach 1990. Im Zuge der erforderlichen Neukonzeption der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR und der Einrichtung von Erinnerungsorten an das Unrecht des SED-Regimes wuchs das Bewusstsein einer gesamtstaatlichen Verantwortung für die an die NS-Verbrechen erinnernden Gedenkstätten.

1999 legte die Bundesregierung ihre „**Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes**“ vor. Sie ist der Grundstein für eine an festen Qualitätskriterien orientierte finanzielle Förderung dieser Einrichtungen in Ost- und Westdeutschland. Unter dem Titel "**Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen**" beschloss das Bundeskabinett 2008 die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption aus dem Jahr 1999, der die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit großer Mehrheit zustimmten. Auf dieser Basis fördert der Bund eine ganze Reihe von Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Voraussetzung ist, dass sie von herausragender nationaler und internationaler Bedeutung sind.

Dazu gehören seit 2008 die ehemaligen Konzentrationslager **Dachau, Bergen-Belsen, Neuengamme und Flossenbürg**, die anteilig institutionell gefördert werden. Im Sinne der Aufarbeitung des SED-Unrechts unterstützt der Bund unter anderem die **Gedenkstätte Hohenschönhausen** und das „**Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth e.V.**“ zur Geschichte der deutschen Teilung. Ebenso unterstützt der Bund die Gedenkstätte **Stiftung Berliner Mauer** an der Bernauer Straße, die seit 2009 am authentischen Ort ein museumspädagogisches Zentrum über die politisch-historischen Hintergründe vom Mauerbau bis zum Mauerfall und der Wiedervereinigung informiert.¹⁵

¹⁴ Dazu gehörte 1988 das Engagement des Bundes für die Errichtung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und die finanzielle Förderung der Errichtung von Dauerausstellungen in Hadamar und Ladelund. Doch dies waren Entscheidungen in Einzelfällen gewesen, die konzeptionell nicht untermauert waren.

¹⁵ Die Stiftung ist ferner verantwortlich für die Betreuung des ehemaligen Notaufnahmelagers Berlin-Marienfelde und seit Oktober 2017 für die Gedenkstätte Günter Liftin, die an die

Neben der anteiligen institutionellen Förderung finanziert der Bund einige Einrichtungen zu 100% – von der Gründung der Stiftungen DHM und HdG sprach ich bereits. Zur Absicht, die Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur dauerhaft zu fördern, gehörte auch die Entscheidung des Bundes, die Stiftung Haus der Geschichte um einen Ausstellungsort in den neuen Bundesländern zu ergänzen, der mit einer Dauerausstellung zu Opposition und Widerstand in der DDR am 9. Oktober 1999 als **Zeitgeschichtliches Forum Leipzig** eröffnet wurde.

Mittlerweile ist die Stiftung HdG zudem mit weiteren Angeboten in Berlin vertreten: Im **Museum in der Kulturbrauerei** am Prenzlauer Berg zeigt eine Dauerausstellung den Alltag in der DDR. In der ehemaligen Grenzübergangsstelle „**Tränenpalast**“ am Bahnhof Friedrichstraße, am authentischen Ort des Grenzübergangs, präsentiert die Stiftung die Ausstellung zum „Ort der deutschen Teilung“.

Der Deutsche Bundestag unterhält seit 2002 im Deutschen Dom in Berlin eine Ausstellung, die die historische Entwicklung des parlamentarischen Systems in Deutschland präsentiert. Vorläufer dieser Schau war die Ausstellung „**Fragen an die deutsche Geschichte**“, die zwischen 1971 und 1994 im Reichstagsgebäude zu sehen war.

Darüber hinaus unterhält das Bundesministerium der Verteidigung **Museen zur Militärgeschichte**: das Militärgeschichtliche Museum in Dresden, das Luftwaffenmuseum in Berlin-Gatow sowie zahlreiche kleinere Schausammlungen.

Der Bund finanziert zudem **sechs Gedenkstätten**, die an die jüngere deutsche Geschichte und an das Wirken **bedeutender deutscher Staatsmänner** erinnern.¹⁶ Die Einrichtungen verstehen ihre Arbeit als Angebot zur historisch-politischen

zahlreichen Mauertoten erinnert und sich in einer ehemaligen Führungsstelle der DDR-Grenztruppen am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal (heute Stadtbezirk Berlin-Mitte) befindet.

¹⁶ Die Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, die Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf, die Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, die Bundeskanzler Willy-Brandt-Stiftung in Berlin sowie die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Hamburg.

Bildung auf nationaler Ebene.

(Das im Frühjahr eröffnete **Ludwig-Erhard-Zentrum** in Fürth bei Nürnberg hingegen wird nach privaten Anfängen nun als bayerische Landesstiftung geführt.)

Darüber hinaus entsteht in Berlin derzeit ein Dokumentations- und Ausstellungszentrum zum Thema **Flucht, Vertreibung, Versöhnung**.

Mit Blick auf die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen sowie auf die Würdigung nationaler Leistungen befinden sich bedeutsame Denk- und Mahnmale in der Trägerschaft des Bundes. Hierzu gehört unter anderem das 2005 eingeweihte „**Denkmal für die ermordeten Juden Europas**“ als zentrale Holocaust-Gedenkstätte Deutschlands mit einer Dauerausstellung im „Ort der Information“ unter dem Stelenfeld.

Meine Damen und Herren,

die letztgenannten Institutionen werden zu 100 Prozent vom Bund finanziert. Daneben gibt es Einrichtungen, die wie einige der bereits genannten Gedenkstätten, vom Bund und den Ländern gemeinsam oder ausschließlich von den Ländern getragen werden. So treten die **Bundesländer** ebenfalls als Akteure von „Public History“ in Erscheinung.

Inzwischen gibt es mehrere Häuser der Geschichte auf Landesebene – die nach dem Vorbild des Bonner Hauses der Geschichte konzipiert wurden.¹⁷

So vermittelt seit 2002 ein „**Haus der Geschichte Baden-Württemberg**“ in Stuttgart die Geschichte des Bundeslandes. Das **Haus der bayerischen Geschichte** wird im Frühjahr 2019 in Regensburg eröffnet.

Anfang des Jahres berief der nordrhein-westfälische Landtag eine Planungsgruppe, die ein Konzept für ein „**Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens**“ erarbeiten soll.

¹⁷ Denn dieses stellte der Europarat bereits 1996 als internationales Vorbild heraus und empfahl es in seiner Resolution 1283 „Über Geschichte und das Lernen der Geschichte in Europa“ zur Nachahmung.

In **Karlsruhe** setzt sich ein Initiativkreis für ein „**Forum Recht**“ ein. Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche beschlossen, die Einrichtung in Karlsruhe aufzubauen und in Leipzig eine Außenstelle zu errichten.

In **Schloss Gottorf** in Schleswig, seit 1950 Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, soll demnächst – vielleicht – ein Haus der schleswig-holsteinischen Geschichte entstehen.

Meine Damen und Herren,

nachdem wir nun die museale Geschichtsvermittlung in der Bundesrepublik auf allen drei staatlichen Ebenen betrachtet haben – werfen wir noch einen kurzen Blick ins **Ausland**: In den **Niederlanden** war eine Einrichtung dieser Art bereits beauftragt, wurde dann jedoch nach einem Regierungswechsel wieder gestoppt. Ähnlich erging es der „**Maison de l’Histoire de France**“ in Paris.

Besser entwickelte sich das **Haus der Geschichte Österreich** in Wien: Nach nahezu 70jähriger Diskussion um eine zeithistorische Ausstellung in unserem Nachbarland initiierte die Regierung unter Bundeskanzler Faymann dieses Projekt in der **Neuen Hofburg** am Heldenplatz in Wien. Die Eröffnung eines ersten Teiles anlässlich des 100jährigen Gründungsdatums der Republik Österreich findet am 10. November dieses Jahres statt.

Das **Haus der Europäischen Geschichte** in Brüssel, das im Mai 2017 eröffnete, versteht sich als Ort der Auseinandersetzung mit der europäischen Idee; es will bewusst machen, dass Europa keine selbstverständliche Einheit darstellt, sondern die Teilhabe und Mitwirkung der Bürger erfordert.

Sei es nun in Brüssel, Wien, Bonn oder an vielen anderen Orten – anschauliche und lebendige, zielgruppenorientierte Dauer- und Wechselausstellungen wollen den Besucher sowohl auf kognitiver als auch auf emotionaler Ebene ansprechen.

Historische Ausstellungen sollen zunächst Kenntnisse der Vergangenheit vermitteln. Ganz besonders zeithistorische Museen können auf Basis der Information, die sie anbieten, eine Grundlage zur Diskussion und Urteilsbildung schaffen – auch mit Blick auf aktuelle Geschehnisse.

Ausstellungen und Museen werden ergänzt durch historisch-authentische Orte: Im ehemaligen Regierungsviertel in Bonn etwa können Besucher im **Kanzlerbungalow**, im **Palais Schaumburg**, im **Plenarsaal des Bundesrates** und in den **historischen Räumen im ehemaligen Kanzleramt** den Bonner Hauptstadtjahre nachspüren.

Die **Besonderheit des historischen Ortes** für die lebendige Demokratievermittlung besteht darin, dass der Ort selbst das zentrale Objekt der Präsentation ist. Der Ort als Objekt bildet den Rahmen der Geschichtserzählung. Dies gilt übrigens auch für den Tränenpalast in Berlin.

Meine Damen und Herren,

abschließend und ergänzend ein letzter Punkt zum „**Ausstellungsgeschäft**“ und zur Zielgruppenorientierung: Neben den Dauerausstellungen bieten insbesondere die Wechselausstellungen allen (zeit)historischen Museen die Chance, sich aktuellen, gesellschaftlich relevanten Themen zu widmen und sie in einen historischen Zusammenhang zu stellen.

[Das versuchen auch wir in Bonn, Leipzig und Berlin – aktuell mit unserer Wechselausstellung „**Angst. Eine deutsche Gefühlslage?**“ im Haus der Geschichte in Bonn. Sie fragt nach kollektiven Ängsten der Deutschen und erinnert an „Angstwellen“ der vergangenen Jahrzehnte. So informiert und leistet sie auch einen Beitrag zu einer ausgewogenen Diskussion mit Gegenwartsbezug.]

Mit dieser Verbindung zum gegenwärtigen Alltag der Besucher sollen die Ausstellungen nicht nur eine **historische Dimension**, sondern immer auch **gesellschaftliche Relevanz** haben und somit zur Teilhabe am politischen Gemeinwesen, zur Mitgestaltung des demokratischen Staates und der Gesellschaft anregen.

Schluss

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum **Schluss** einige wesentliche Aspekte noch einmal zusammenfassen:

Geschichtsmuseen und historische Ausstellungen, Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie historisch-authentische Orte in der Bundesrepublik Deutschland tragen wesentlich dazu bei, Kenntnisse über historische Ereignisse, Strukturen und Prozesse zu vermitteln. Sie können **kognitive Dissonanzen und emotionale Irritationen** auslösen, so zur Beschäftigung mit der Vergangenheit anregen und historisches Bewusstsein prägen. Dieses Bewusstsein entwickelt sich vor dem Hintergrund der Erfahrung zweier Diktaturen und ist geprägt von teilweise heftigen Debatten.

In der jüngeren Vergangenheit haben die **Länder** erheblich an Bedeutung in der Kulturpolitik, insbesondere in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung **verloren**. Der **Bund** hingegen nimmt sich zunehmend der Darstellung und Vermittlung von nationaler Geschichte an. Sein Stellenwert kommt in der **Gedenkstättenkonzeption** von 1999 zum Ausdruck. Sie legt den Grundstein für eine an festen Qualitätskriterien orientierte finanzielle Förderung von Gedenkstätten in Ost- und Westdeutschland. Mit der Fortschreibung dieser Konzeption 2008 bekannten sich Regierung und Parlament zu einer „Erinnerungspolitik, die sich in der Förderung von Aufarbeitung und dem Gedenken ausdrückt.“¹⁸

¹⁸ Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen vom 19. Juni 2008, BT-Drs. 16/9875, S. 2.

Das Museum ist ein Ort und Akteur der Erinnerungskultur: Es bietet Raum für Aushandlungsprozesse des Geschichtsbewusstseins und der Deutung der Vergangenheit. Die Narrationen der Ausstellungen beinhalten Möglichkeiten der **Diskussion von identitätsstiftenden historischen Inhalten, der Abgrenzung und Aneignung.**

Daneben dürfen wir die **historischen Sammlungen** als Orte des nationalen Gedächtnisses nicht vergessen. Sie sind Grundlage vieler Ausstellungen und insgesamt das **Gedächtnis der materiellen Kultur.**

Meine Damen und Herren,

ich darf noch einmal an den Beginn meines Vortrag erinnern: 33 Millionen Besuche zählten historische-, archäologische- und kulturgeschichtliche Museen im Jahr 2016.

Welchen Rang aber haben die Museen im öffentlichen Wettstreit der Erinnerungen? Wie schneiden sie etwa im Vergleich zu historischen Spielfilmen, Dokudramen und Romanen ab?

Unangefochtener und unerreichter Spitzenreiter mit gigantischen Zuschauerzahlen und Einschaltquoten ist der historische Spielfilm, der insbesondere in den letzten 20 Jahren riesige Erfolge feiert. Ein Millionenpublikum in deutschen Kinosälen und Wohnzimmern schaut zu, wenn sich historische Fakten und spannende Fiktion zum populären Massenprodukt vermischen – denken Sie nur an „Das Leben der Anderen“ von 2006, „Die Flucht“ von 2007 oder „Unsere Mütter, unsere Väter“ von 2013.

Der Spielfilm zeigt starke Bilder, kombiniert mit großen Emotionen und Protagonisten, mit denen die Zuschauer sich identifizieren können. Damit prägt er unser Geschichtsbild ganz entscheidend – schafft jedoch andererseits auch ein Geschichtsbild, das nicht immer den historischen Realitäten entspricht, sie oftmals sogar verfälscht.

Ein Museumsbesuch dagegen schafft Raum für Diskussion. Der Ausstellung gelingt – eher als etwa dem Buch oder dem Film – eine Annäherung an das vielschichtige historische Geschehen. Denn sie verbindet geschichtliche Fakten mit der unmittelbaren Erfahrung von historischer Authentizität durch originale Ausstellungsstücke. Die Ausstellung lässt der Multiperspektivität Raum und fordert zugleich zum Austausch unterschiedlicher Erfahrungen und Standpunkte auf.

Meine Damen und Herren,

die Auseinandersetzung mit Geschichte ist längst **keine exklusive Angelegenheit** mehr, die nur in Hörsälen und Konferenzräumen stattfindet. Stattdessen hat sie ihren selbstverständlichen Platz im öffentlichen Raum gefunden. Ihrer Vielfalt sind schier keine Grenzen gesetzt. Ausstellungen und Museen sind hierbei nennenswerte Akteure, ohne einen Alleinvermittlungsanspruch zu haben. Wir sollten Ausstellungen und Museen in ihrer Wirkung nicht unter-, keinesfalls aber überschätzen. Sie stehen in steter Konkurrenz zu vielen anderen Vermittlungsinstanzen und Interpretationsmöglichkeiten. Denn: **Geschichte ist überall!**